



## **AFRIKA/DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO - Neue Offensive gegen Rebellen: Dörfer im Kreuzfeuer**

Kinshasa (Fidesdienst) – „Die Menschen versuchen den Alltag normal fortzusetzen, doch mit einem Ohr hören sie stets darauf, was passiert, weil man eine neue Welle der Gewalt befürchtet“, so Beobachter aus kirchlichen Kreisen in Goma. In der Hauptstadt der Region Nordkivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo kämpfen kongolesische Soldaten mit Unterstützung von UN-Einheiten gegen die Rebellen der Bewegung M23. Die Regierung in Kinshasa beschuldigt Ruanda (auf der Basis von UN-Berichten), die Regierung des Landes unterstütze die Rebellen durch die Entsendung von Hilfstruppen. Die kongolesischen Behörden machen ruandische Soldaten auch für den Beschuss der Stadt Goma in den vergangenen Wochen verantwortlich. Ruanda hingegen erklärt Soldaten der Demokratische Republik Kongo hätten bei einem Angriff auf ruandischem Territorium mindestens einen Menschen getötet. Kigali stationierte deshalb weitere Einheiten im Grenzgebiet, was zu weiteren Spannungen führte.

„In der vergangenen Woche hatten verschiedene Menschen, die eigene Sorge im Hinblick auf die Stationierung ruandischer Truppen an der Grenze zum Kongo und einige gingen sogar nicht zur Arbeit aus Angst vor möglichen Angriffen. Doch nach der Mahnung des Generalsekretärs Vereinten Nationen an Ruanda fühlen sich die Menschen wieder etwas sicherer“, so der Beobachter zum Fidesdienst.

Während kongolesische Einheiten mit Unterstützung der UN-Truppen eine neue Offensive gegen die M23 in der Region Kikumba (rund 30 Kilometer von Goma entfernt) vorbereiten befindet sich die Bevölkerung dort im Kreuzfeuer. „Dorfbewohner berichteten, dass sie ihrer Dörfer nicht verlassen können, weil es Straßenblockaden gibt“, so der Beobachter dazu.

Die Sondergesandte der Vereinten Nationen für die Region der Großen Seen, Mary Robinson, forderte die Rebellen der M23 unterdessen bei einem Besuch in Goma zum Niederlegen der Waffen auf, wie dies der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fordert. „Die Bürger in Goma freuten sich über diese Aussage von Frau Robinson, aber sie erwarten nicht, dass dies zur konkreten Fakten führen wird“, so der Beobachter abschließend. (LM) (Fidesdienst, 03/09/2013)